

Beiträge zur Politikwissenschaft · Band 10

Martin Huber

**Die Bundestagswahlkämpfe
der CDU/CSU als Oppositionsparteien
1972, 1976, 1980, 2002**



Herbert Utz Verlag · München

Beiträge zur Politikwissenschaft

Band 10



„Dieses Softcover wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich für eine ökologische und sozialverantwortliche Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.“

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH 2008

ISBN 978-3-8316-0767-9

Printed in Germany

Herbert Utz Verlag GmbH, München
Tel.: 089-277791-00 · www.utz.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, warum es für die CDU und CSU in den Bundestagswahlkämpfen 1972, 1976, 1980 und 2002 nicht möglich war, aus der Opposition heraus an die Regierung zu gelangen.

Besonderes Augenmerk liegt zunächst auf den Grundsätzen von Kampagnen und deren Planung sowie einer Darstellung des typischen Wählerklientels der CDU und CSU.

Hierbei kommt auch die bayerische Komponente deutlich zum Tragen: Die CSU hat bei all diesen Bundestagswahlen überdurchschnittlich zum Ergebnis der CDU beigetragen, konnte sich dabei jedoch auch dem jeweiligen bundesweiten Trend nicht völlig entziehen. Besonders „bayerisch“ waren die Bundestagswahlkämpfe 1980 und 2002, bei denen mit Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber jeweils die amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten für die Union als Kanzlerkandidaten auftraten. Doch auch mit einem überragenden Ergebnis im Freistaat blieb ihnen der Einzug ins Kanzleramt verwehrt.

Doch warum tat sich die Union aus der Opposition heraus so schwer? Welche Fehler beging sie bei ihren Kampagnen? Welchen Rahmenbedingungen war sie ausgesetzt? Diese Aspekte stehen im Mittelpunkt dieser Arbeit. Am Beispiel der Bundestagswahl 1972 wird zudem besonders deutlich, wie wichtig das Verständnis von Geschichte und Zeitgeschichte für die politische Kommunikation ist. Die Untersuchung stellt einen weiterführenden Beitrag zur Neuesten Bayerischen Geschichte dar.

Prof. Dr. Alois Schmid

	Seite
1. Einleitung	5
2. Das Werben um den Wähler	8
2.1 Darstellung verschiedener Theorien zum Wahlverhalten	8
2.1.1 Die soziologischen oder sozialstrukturellen Ansätze	8
2.1.2 Das sozialpsychologische Modell	11
2.1.3 Das Modell der „Politischen Ökologie“	12
2.1.4 Die Theorie des „Rationalen Wählers“	13
2.1.5 Theorien über den Einfluss der Medien	15
2.2 Die Wähler von CDU/CSU	17
2.3 Grundzüge von Wahlkampfstrategien	20
2.4 Die Besonderheiten der Oppositionsrolle	25
3. Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien	
3.1 Die Bundestagswahl 1972	27
3.1.1 Die Ausgangslage	27
3.1.2 Der Kanzlerkandidat: Dr. Rainer Candidus Barzel	31
3.1.3 Der Wahlkampf	33
3.1.3.1 Die Wahlkampfstrategie	33
3.1.3.2 Der Wahlkampfverlauf	37
3.1.4 Das Ergebnis	41
3.1.5 Fazit	45
3.2 Die Bundestagswahl 1976	49
3.2.1 Die Ausgangslage	49
3.2.2 Der Kanzlerkandidat: Dr. Helmut Kohl	53
3.2.3 Der Wahlkampf	56
3.2.3.1 Die Wahlkampfstrategie	56
3.2.3.2 Der Wahlkampfverlauf	60
3.2.4 Das Ergebnis	64
3.2.5 Fazit	68

3.3	Die Bundestagswahl 1980	72
3.3.1	Die Ausgangslage	72
3.3.2	Der Kanzlerkandidat: Dr. h. c. Franz Josef Strauß	77
3.3.3	Der Wahlkampf	79
3.3.3.1	Die Wahlkampfstrategie	79
3.3.3.2	Der Wahlkampfverlauf	83
3.3.4	Das Ergebnis	88
3.3.5	Fazit	91
3.4	Die Bundestagswahl 2002	95
3.4.1	Die Ausgangslage	95
3.4.2	Der Kanzlerkandidat: Dr. Edmund Stoiber	100
3.4.3	Der Wahlkampf	102
3.4.3.1	Die Wahlkampfstrategie	102
3.4.3.2	Der Wahlkampfverlauf	107
3.4.3	Das Ergebnis	112
3.4.5	Fazit	116
	4. Die Gemeinsamkeiten dieser Oppositionswahlkämpfe	120
	5. Literatur- und Quellenverzeichnis	122
Anhang:		
Tabellen:		
	Das Ergebnis der Bundestagswahl 1972	137
	Das Ergebnis der Bundestagswahl 1976	139
	Das Ergebnis der Bundestagswahl 1980	141
	Das Ergebnis der Bundestagswahl 2002	143

1. Einleitung

1998 ereignete sich ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik: Zum ersten Mal gelang es einem Herausforderer, den amtierenden Bundeskanzler bei einer turnusgemäßen Wahl abzulösen.

Was aber waren und sind die Gründe, die es der Opposition so schwer machen, aus Wahlen heraus die Regierung zu übernehmen?

In dieser vorliegenden Arbeit möchte ich die spezielle Thematik des Bundestags-Wahlkampfes von Oppositionsparteien am Beispiel der CDU/CSU und ihrer Wahlkämpfe aus den Jahren 1972, 1976, 1980 und 2002 behandeln.

Ausgehend von einer Darstellung verschiedener Erklärungsansätze des Wahlverhaltens, der Wählerschaft der Union, der Grundzüge von Wahlkämpfen sowie der Besonderheiten der Oppositionsrolle in Kapitel 2 widme ich mich in Abschnitt 3 den einzelnen Bundestagswahlkämpfen, die die Union als Opposition bestritt.

Hierbei wird neben der Ausgangssituation die jeweilige Rolle und Beliebtheit des amtierenden Kanzlers von Bedeutung sein. Scheiterten die Herausforderer an seinem Popularitätsvorsprung? Gewiss war dies 1972 der Fall, als die Bundestagswahl bei einem großen Teil der Bevölkerung nur „Willy-Wahl“ genannt wurde. Gelang es in diesem Zusammenhang zum Beispiel der Union, bei der Bundestagswahl 1980 auf Inhalte zu setzen und eine Auseinandersetzung um die Kandidaten zu vermeiden? Stoiber vermied diese Art der Auseinandersetzung 2002 von vornherein, konnte aber ebenso wie Strauß die Wahl nicht für sich entscheiden, wenn auch in diesem Fall andere Gründe ausschlaggebend waren.

Welche Politikfelder spielten im Vorfeld der Wahlen eine zentrale Rolle? Trifft die immer wieder zitierte Aussage, die Wahl 2002 sei als erste durch ein außenpolitisches Thema entschieden worden, wirklich zu? Wirkten sich nicht auch schon 1972 die Ostverträge und 1980 der NATO-Doppelbeschluss auf die Wahlen aus?

Lässt sich daraus die These ableiten, dass außenpolitische Themen eher den Regierungsparteien im Wahlkampf nützlich sind? Schließlich hat die Opposition in

außenpolitischen Fragen kaum eine Möglichkeit, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Immerhin werden die Gründe für die Abwahl Helmut Kohls 1998 in innen- und wirtschaftspolitischen Gründen wie Reformstau und Arbeitslosigkeit gesehen, während Bundeskanzler Schröder die Wahl 2002 nach niederschmetternden Umfrageergebnissen doch noch für sich entscheiden konnte, indem er die Thematik eines Irak-Krieges auf die Tagesordnung setzte. Allerdings kommt auch der „Jahrhundert-Flut“ bei der Wahl 2002 große Bedeutung zu.

Welche Stimmungen sollten in den Wahlkämpfen 1972, 1976, 1980 und 2002 durch die Botschaften der Union erzeugt werden? Welche Klientel sollte besonders mobilisiert werden? Wie sollten aus Stimmungen Stimmen werden? Bestanden Unterschiede zwischen den Politikfeldern, die die Union im Wahlkampf besetzte und den Feldern, die die Bevölkerung für besonders wichtig hielt? Als Beispiel sei hier die Umweltpolitik bei der Wahl 2002 angesprochen. Ein personelles Defizit verbunden mit einer fehlenden Glaubwürdigkeit bei der Besetzung des Themas brachte die Union im Endspurt um schon sicher geglaubte Stimmen.

Anhand der Betrachtung dieser Oppositionswahlkämpfe unter den hier angeführten Aspekten und der Analyse der jeweiligen Vorgehensweise, Planung und Strategie des Wahlkampfes unter Einbeziehung der jeweils besonders relevanten Politikfelder und der Stellung der amtierenden Bundeskanzler in der Öffentlichkeit, geht es mir vor allem darum, herauszufinden, warum die Union nach den Wahlen blieb, was sie vorher schon war: die Opposition.

Zur Recherche für diese Arbeit konnte ich eine vierwöchige Tätigkeit im Büro des Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer heranziehen, in deren Rahmen ich Gelegenheit hatte, in der Bibliothek des Deutschen Bundestags zu recherchieren. Dazu bot mir diese Beschäftigung einen auch für die vorliegende Arbeit sicherlich hilfreichen Einblick in die täglichen parlamentarischen Arbeitsabläufe und -organisationen.

Zusätzlich suchte ich nach Quellen und Informationen zu den jeweiligen Wahlkämpfen in den Archiven der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, des Axel-Springer-Verlages in Hamburg sowie der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Besonders interessant und aufschlussreich gestalteten sich die Interviews, die ich mit Verantwortlichen und Beteiligten an diesen Wahlkämpfen führen konnte. Peter Radunski, ehemaliger Hauptabteilungsleiter Öffentlichkeitsarbeit der CDU und später ihr Bundesgeschäftsführer, bot mir Einblicke in die Wahlkämpfe 1972, 1976 und 1980. Gerold Tandler, ehemaliger Generalsekretär der CSU sowie ehemaliger bayerischer Innenminister und Finanzminister, erläuterte die Grundzüge der Wahlkämpfe 1972 und 1976 unter besonderer Berücksichtigung der CSU. Im Gespräch mit Manfred Baumgärtel, 1980 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der CSU und heute Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, konnte ich näheres über die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß erfahren. Für die Wahl 2002 führte ich Interviews mit Franz Stangl, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Landtagsfraktion und 2002 Mitglied im Stoiber-Team, mit Dr. Klaus Schüler, Leiter der Stabsstelle „Strategische Planung/Wahlkämpfe“ der CDU und 2002 Mitglied im Stoiber-Team, mit Michael Höhenberger, Landesgeschäftsführer der CSU und 2002 Mitglied im Stoiber-Team sowie mit Erwin Huber, MdL, Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, der maßgeblich an der Erstellung des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU mitwirkte.

Auch an dieser Stelle möchte ich allen Interviewpartnern für ihre unkomplizierte und hilfsbereite Unterstützung recht herzlich danken.

2. Das Werben um den Wähler

2.1 Darstellung verschiedener Theorien zum Wahlverhalten

Die Erklärung des Wahlverhaltens ist schon seit geraumer Zeit Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung. Daher haben sich auch verschiedene Ansätze dazu entwickelt.

2.1.1 Die soziologischen oder sozialstrukturellen Ansätze

Innerhalb dieser Ansätze existieren zwei Richtungen: das mikrosoziologische und das makrosoziologische Modell.

Das mikrosoziologische Modell ist eng mit dem Soziologen Paul F. Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern an der Columbia University verbunden, weshalb es auch „*Columbia School*“ genannt wird. Dieses Modell stützt sich stark auf die 1890 von Georg Simmel formulierte „*Theorie der sozialen Kreise*“, wonach jeder Mensch in mehrere soziale Kreise eingebunden ist, wie zum Beispiel Familie, Freundes- und Bekanntenkreis oder Arbeitskollegen. Diese Überlegungen übernahm Lazarsfeld für sein Modell des Wahlverhaltens. Demnach haben der ökonomische Status, die Religion, der Wohnort, der Beruf und das Alter Einfluss auf die Wahlentscheidung der Menschen. Dies impliziert aber auch eine gewisse Kontrolle der sozialen Kreise über den Einzelnen. Schließlich möchte dieser mit seiner Umgebung in einem harmonischen Verhältnis stehen, weshalb er unter einem eventuellen Anpassungsdruck eher dem sozialen Kreis konform entscheidet, um eine Isolierung zu vermeiden. Weitere Studien belegen, dass der einzelne sein persönliches Umfeld so homogen wie möglich gestaltet, um Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen.¹ Allerdings ist in den heutigen modernen Gesellschaften die Homogenität der sozialen Kreise, wie sie in diesem Modell zugrundegelegt wird, kaum mehr anzutreffen. Die starke soziale und räumliche Mobilität hat zur Folge, dass Menschen gleichzeitig verschiedenen, auch entgegengesetzten Kreisen angehören. Dieses Spannungsfeld, in dem sich der einzelne befindet, wird als „*cross pressure*“ bezeichnet. Befindet sich ein Individuum

¹ Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 23 – 25

in einem solchen „*cross pressure*“, führt dies zu einer Verzögerung der Wahlentscheidung, unter Umständen sogar zur Wahlenthaltung.²

Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelten auf den Erkenntnissen von Lazarsfeld ein Modell, welches das Wahlverhalten auf gesamtstaatlicher Ebene betrachtet: das makrosoziologische Modell.³ Es geht von grundsätzlichen Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft aus. Die Verfasser dieses Ansatzes berufen sich auf die Klassifikation sozialer Systeme von Talcott Parson. Danach haben gesellschaftliche Systeme sowohl eine funktionale als auch eine territoriale Dimension. Die territoriale Dimension beschreibt den Konflikt zwischen der Nation als Zentrum und der Region als Peripherie, während bei der funktionalen Achse Ökonomie und Ideologie die Gegenpole bilden.⁴ Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan sehen in ihrem Modell vor allem die Möglichkeit, die Herausbildung der europäischen nationalen Parteiensysteme zu erklären. Demnach haben die gesellschaftlichen Spaltungen in allen Ländern Europas die Grundlage dafür gebildet. Die Autoren benennen vier solcher elementarer Spaltungen, die sie als „*cleavages*“ oder Konfliktlinien titulieren:

1. der Konflikt zwischen einer herrschenden Elite im Zentrum und davon abhängigen Bevölkerungsgruppen in den Regionen
2. der Konflikt um die Macht zwischen Kirche und Staat
3. der Konflikt zwischen agrarischen und industriellen Interessen
4. der Konflikt zwischen besitzender und Arbeiterklasse.⁵

Als Konsequenz dieser Konfliktlinien schlossen sich einzelne zu Interessenvertretungen zusammen. Diese Gruppierungen strebten danach, sich auch auf der politischen Ebene Gehör zu verschaffen. Daraus entstanden die Parteien. Die hier angeführten Konflikte sind schnell überschaubar und grundsätzlicher Natur, was zur Folge hat, dass die Anzahl der Parteien gering und die jeweilige Verbindung mit der betroffenen Bevölkerungsgruppe recht hoch ist. Dieter Roth sieht darin die Erklärung für die Dauerhaftigkeit westlicher Parteiensysteme und für die Schwierigkeit, eine neue Partei zu etablieren.⁶ Für Lipset und Rokkan

² Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 26; Dahlem Stefan: Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft, S. 207/208

³ Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 23/24

⁴ ebd., S. 26

⁵ ebd., S. 28

⁶ Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 29

handelt es sich in den westlichen Industrienationen sogar um „eingefrorene Parteiensysteme.“⁷ Immerhin sind die Konfliktlinien zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ sowie zwischen „religiös“ und „nicht religiös“ heute noch nachweisbar, wenn auch die ihnen eindeutig zurechenbaren Bevölkerungsgruppen kleiner geworden sind.⁸

Ein Ansatz, der diesen kleiner werdenden Milieus Rechnung trägt, ist die Lebensstilanalyse. Zu beachten ist dabei, dass Gruppen, die in statistisch festgestellten Merkmalen übereinstimmen, noch nicht als soziales Milieu bezeichnet werden. Als solches werden sie erst dann benannt, wenn zwischen Lebensstilgruppen, Organisationsmitgliedschaften, Interessenvertretungen und Parteipräferenzen Zusammenhänge bestehen, wenn also ein bestimmter Lebensstil auch eine Interessengleichheit ergibt.⁹ Zur Analyse wurden Testpersonen Fragen zur Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche, zu Freizeitaktivitäten und zum ästhetischen Geschmack in den Bereichen Musik, Fernsehen und zu Inhalten der Tageszeitung gestellt. Daraus resultierend wurden für die westdeutsche Bevölkerung fünf Lebensstilgruppen gebildet: die „*älteren Konservativen*“, die „*jungen Aktiven*“, die „*durchschnittlichen Arbeitnehmer*“, die „*Gehobenen und Gebildeten*“ und die „*passiven Älteren*“. Für die „*älteren Konservativen*“ spielen zum Beispiel Kirche und Religion eine besondere Rolle, während dies für die „*jungen Aktiven*“ kaum von Bedeutung ist. Sie beschäftigen sich vor allem mit moderner Musik und Sport. Dem „*durchschnittlichen Arbeitnehmer*“ sind keine speziellen Präferenzen zuzuordnen. Die Gruppe der „*Gehobenen und Gebildeten*“ ist die einzige, die sich überdurchschnittlich mit dem öffentlichen Leben und der Politik auseinandersetzt, ganz im Gegensatz zu den „*passiven Älteren*“, deren Merkmal vor allem die Distanz zum Kulturellen und Politischen ist.¹⁰

⁷ ebd., S. 30

⁸ ebd., S. 32

⁹ Oedegaard, Ingvill C.: *Lebenstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland*, S. 213

¹⁰ ebd., S. 219 – 222

2.1.2 Das sozialpsychologische Modell

In diesem Modell steht das Individuum im Mittelpunkt der Betrachtung. Entwickelt in den 1950ern an der University of Michigan in Ann Arbor vertritt diese Theorie die Meinung, dass die individuelle Wahrnehmung und Einschätzung von Kandidaten und Sachthemen das Wahlverhalten entscheidend beeinflusst. Eine weitere Komponente, die das Modell einführt, ist die „psychologische Mitgliedschaft“, die als „Parteiidentifikation“ bezeichnet wird. Sie beschreibt eine dauerhafte Orientierung des Wählers, die sich nicht von Wahl zu Wahl ändert. Allerdings können besondere Ereignisse im persönlichen Umfeld, wie Berufs- oder Ortswechsel, oder in der Politik, wie Krisen oder Kriege, eine Änderung der Parteiidentifikation herbeiführen. Für Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller, die das Konzept entwickelten, ist die individuelle Wahlentscheidung das Resultat verschiedener lang- und kurzfristiger Einflüsse auf den Wähler.¹¹

Das „*Ann-Arbor-Modell*“ erklärt die Wahlentscheidung mit drei signifikanten Einflüssen: neben der bereits erwähnten Parteiidentifikation spielen noch die Orientierung an Sachthemen, bezeichnet als „*issues*“, sowie an Kandidaten die zentrale Rolle zur Erklärung der kurzfristigen Wahlentscheidung.¹² Zu beachten ist dabei, dass Sachthemen nur dann für die Wahlentscheidung relevant sind, wenn sie der Wähler wahrnimmt, als wichtig erachtet und ihnen eine Position einer Partei zuordnen kann. Nimmt der Wähler bestimmte Sachthemen sehr stark wahr und misst ihnen zugleich große Bedeutung zu, steigt die Wahrscheinlichkeit seiner Wahlteilnahme. Entdeckt der Wähler zudem im politischen Angebot eine Partei, deren Vorschläge zur Lösung dieser Sachthemen seinen Vorstellungen entgegenkommen, ist es auch sehr wahrscheinlich, dass er diese Partei wählt.¹³

Seit den späten 1970er Jahren wird in der Forschung bei den Sachthemen unterschieden zwischen „*position issues*“ und „*valence issues*“. Bei einem „*position issue*“ verfolgen die Parteien völlig unterschiedliche Politikziele, beispielsweise in der Frage der Kernenergie oder der Abtreibung.

¹¹ vgl. Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 36/37; Norporth, Helmut: Wählerverhalten in der Bundesrepublik, S. 22

¹² vgl. Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 37; Dahlem, Stefan: Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft, S. 28

¹³ Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 38/39

Wenn sich dagegen die Politikziele decken, aber die Lösungswege unterscheiden, handelt es sich um ein „*valence issue*“. Als Beispiel seien hier die Kontrolle der Inflation oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genannt.

Man geht davon aus, dass sich „*position issues*“ stärker auf die Wahlentscheidung auswirken als „*valence issues*“.¹⁴

Stimmen Kandidaten- und Issueorientierung mit der Parteiidentifikation überein, handelt es sich nach Philip E. Converse um eine sogenannte Normalwahl („*normal vote*“). Hat dagegen ein Wähler mit einer bestimmten Parteiidentifikation eine Präferenz für den Kandidaten einer anderen Partei, ist seine Lage mit einer „*cross-pressure-Situation*“ nach dem Modell der „*Columbia School*“ zu vergleichen. Stimmt der Wähler gegen seine Parteiidentifikation für den anderen Kandidaten, wird dies als „*divided vote*“ bezeichnet.¹⁵

2.1.3 Das Modell der „Politischen Ökologie“ oder der „Wahlökologie“

Entwickelt im Jahr 1928 vom Amerikaner Stuart A. Rice versucht dieser Ansatz, die Unterschiede in den Wahlergebnissen in verschiedenen Gebieten anhand der jeweiligen sozialen Schichtung und den politisch-historischen Besonderheiten der Region zu erklären.¹⁶

Pollock und Eldersveld legten diesen Ansatz in einer Studie zum Wahlverhalten in Michigan zu Grunde und entwickelten ihn weiter, indem sie das Untersuchungsgebiet in Regionen von unterschiedlicher parteipolitischer Homogenität unterteilten und betrachteten, wie sich diese Gebiete nach Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur sowie nach Besiedlungsdichte unterschieden. Key zog in seiner Studie über die Südstaaten der USA den Schluss, das politische Verhalten sei geprägt durch Wirtschaftsprozesse, Religionsstruktur, Machtinteressen und Interessenkonflikte. Die Wirkung auf das politische Verhalten sei abhängig von der Organisation des politischen Systems.¹⁷

Rudolf Heberle führte dieses Modell in die deutsche Wahlforschung ein. Im Jahre 1934 stellte er eine Arbeit fertig, die eine Untersuchung der politischen Wil-

¹⁴ ebd., S. 39/40

¹⁵ Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung, S. 41

¹⁶ ebd., S. 15

¹⁷ Kaltefleiter, Werner und Nissen, Peter: Empirische Wahlforschung, S. 81 – 83

3. Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien

3.1 Die Bundestagswahl 1972

3.1.1 Die Ausgangslage

Nach zwei Jahrzehnten an der Macht sah sich die CDU/CSU nach der Wahl 1969 zum ersten Mal in der Rolle der Opposition. Zwar hatte sie 46,1 Prozent der Stimmen erhalten und nur ein Prozent fehlte zur absoluten Mehrheit der Sitze, aber durch die Koalition aus SPD und FDP war der Union der Weg zur Regierung versperrt. Die Unionsfraktion war aber weiterhin die stärkste politische Kraft im Parlament und tat sich schwer, die neue Aufgabe anzunehmen.⁸¹ Nach wie vor sah sie sich in ihrem Selbstverständnis als Regierungspartei, wenn auch als eine „Regierungspartei im Wartezimmer“. Barzel forderte für die Union als größte Fraktion das Recht, an der Regierung beteiligt zu sein.⁸²

Sie war auch keineswegs auf die Oppositionsrolle vorbereitet - weder institutionell noch personell. Lief der bisherige Informationsfluss an die Fraktion ausschließlich über das Kanzleramt und die Ministerien, versiegte diese Quelle plötzlich und unvorbereitet. Obwohl einige informelle Kommunikationsquellen in den Ministerien aufrecht erhalten werden konnten, kamen die Informationen bei weitem nicht mehr so regelmäßig und umfangreich wie vorher. Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel erkannte diese Problematik und leitete einen weitreichenden Umbau der Organisations- und Führungsstruktur der bisher recht trägen Fraktion ein. Kernpunkte bildeten dabei unter anderem eine Verjüngung der Fraktionsspitze sowie eine straffere, effizientere Führungsorganisation.⁸³

Von Anfang an gestaltete sich die erste Oppositionsphase für die Union schwierig, nicht zuletzt aufgrund zahlreicher interner Meinungsverschiedenheiten. So legte CDU-Parteivorsitzender Kurt-Georg Kiesinger die FDP als Hauptgegner der politischen Auseinandersetzung fest. Er wollte sie durch massives Attackieren auf Länderebene am Einzug in die Landtage hindern und so auch auf Bundesebene schwächen, während Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel vor allem in der SPD den politischen Gegner sah. Zwar waren sich Barzel und Kiesinger ei-

⁸¹ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 315/316

⁸² Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany, S. 188/189

⁸³ Veen, Hans-Joachim: Opposition im Bundestag, S. 22 - 27

nig, aufgrund der knappen Mehrheit von SPD/FDP im Parlament von nur zwölf Sitzen einen vorzeitigen Regierungswechsel zu forcieren, aber gerade jüngere Unions-Abgeordnete sprachen sich dagegen aus. Sie forderten ein Annehmen der neuen Rolle als Chance zur Regeneration.⁸⁴ Genau dies geschah aber nicht. Altgediente Parteifunktionäre waren nicht bereit, sich den neuen Entwicklungen zu öffnen. Sie beriefen sich stattdessen auf die Erfahrung aus der Zeit der CDU als Regierungspartei und hielten es nicht für notwendig, die veränderte Wählerstruktur zur Kenntnis zu nehmen.⁸⁵

Auch in den parlamentarischen Initiativen blieb man in weiten Teilen glücklos. Verglichen mit ihren Vorgängern in der Opposition zeigte die Union zwar ein hohes Maß an Aktivität – allerdings mit überschaubarem Erfolg. Hans-Otto Kleinmann beispielsweise schreibt:

*„Die Reformansätze in der Fraktion entsprangen aber – und das muss man sehen – in erster Linie dem Aktionismus, den der Absturz in die Opposition auslöste. Eine breite, eingehende Meinungsbildung lag ihnen nicht zugrunde.“*⁸⁶

Im Mittelpunkt der thematischen Auseinandersetzung standen die Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt sowie die wirtschaftliche Stabilisierungspolitik.⁸⁷ Hierbei richteten sich die Angriffe vor allem gegen den Finanzminister Alex Möller. Die Union warf ihm vor, dass seine Haushaltspolitik, die hohe Zuwächse bei den Ausgaben verzeichnete, verantwortlich sei für die Inflation. Als Alex Möller im Zuge der Währungskrise vom Mai 1971 von seinem Amt zurücktrat, bezeichnete dies die Union als schwere Krise der Koalition und forderte bereits Neuwahlen.⁸⁸

Die Unions-Position bezüglich der Ostpolitik basierte auf der Strategie, über die Außenpolitik den Sturz der Regierung herbeizuführen. Der Öffentlichkeit allerdings bot sich ein diffuses Bild. Verhandlungen mit den Regierungen in Moskau, Warschau und Ostberlin stimmte die Union unter der Voraussetzung zu, dass dadurch Erleichterungen für die Menschen und Fortschritte für eine europäische Friedensordnung erreicht würden. Dagegen lehnte sie die Anerkennung

⁸⁴ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 317

⁸⁵ Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei, S. 140

⁸⁶ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 321

⁸⁷ ebd., S. 327

⁸⁸ ebd., S. 328

der Oder-Neiße-Linie, die Herstellung besonderer Beziehungen zur DDR und die Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion, dass beide deutsche Staaten der UNO beitreten, ab. Die Union sah darin eine Vertiefung der Teilung Deutschlands.⁸⁹ Bei der Bevölkerung konnte sie mit dieser Position keinen Bonus erzielen, denn:

„Außenpolitisch hatte Brandt für die damalige Zeit das bessere Programm. Es hieß: Das, was Adenauer nach Westen gemacht hat, eine Politik der Versöhnung, macht nun Willy Brandt nach Osten. Der Masse der Leute war die Oder-Neiße-Linie ohnehin völlig egal.“⁹⁰

Innerhalb der Unions-Fraktion überwog die Ansicht, die Ostverträge im Bundestag abzulehnen, um die Regierung zu stürzen oder aufgrund ihrer knappen Mehrheit zu Vertragsveränderungen zu zwingen. Barzel kritisierte an den Verträgen die mangelnde Eindeutigkeit und trat für Nachbesserungen ein. Sein in diesem Zusammenhang formuliertes „So nicht!“ zeigt das Dilemma, in dem die Opposition steckte. Die Mehrheit der Partei wandte sich gegen die Zustimmung zu den Verträgen, die Mehrheit der Bevölkerung aber war dafür. Barzels „So nicht!“ sollte alle bedienen. Es konnte als bedingte Zustimmung aufgefasst werden, aber ebenso als bedingte Ablehnung.⁹¹ Erreicht hat damit Barzel weder die einen, noch die anderen.

Barzel setzte nun darauf, eine Ablehnung der Verträge im Bundestag zu umgehen und stattdessen vor der Ratifizierung einen Regierungswechsel herbeizuführen, um die angestrebten Änderungen im Vertragswerk durchzusetzen.⁹²

Schon seit 1970 schmolz die parlamentarische Mehrheit der Regierung aufgrund der Übertritte von drei FDP-Abgeordneten zur Union. Bereits hier wurde die Möglichkeit eines Kanzlersturzes immer deutlicher und in der Union gewannen jene Stimmen an Gewicht, die für einen härteren, polarisierenden Oppositionskurs eintraten.⁹³ Weitere Parteübertritte folgten, so dass zu Beginn des Jahres

⁸⁹ ebd., S. 331

⁹⁰ Tandler, Gerold, im Gespräch am 26. April 2003

⁹¹ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 332/333

⁹² ebd., 335

⁹³ ebd., S. 327/328

1972 beinahe das Patt im Parlament erreicht war: 250 Abgeordnete zählte die Regierung, 246 die Opposition.⁹⁴

Letztlich war die Einbringung des konstruktiven Misstrauensvotums nach Artikel 67 des Grundgesetzes am 27. April 1972 also nur die logische Konsequenz des Oppositionskurses von CDU/CSU. 247 Stimmen konnten mittlerweile sicher der Union zugerechnet werden. Darüber hinaus ging man fest davon aus, mindestens zwei weitere Stimmen aus der FDP-Fraktion zu erhalten,⁹⁵ nachdem sich die Abgeordneten Kühlmann-Stumm und Kienbaum in einer Fraktionssitzung der FDP eindeutig und offen für Barzel aussprachen. Selbst die Regierung rechnete schon mit ihrer Ablösung.⁹⁶ Umso überraschender war für alle Beteiligten das Ergebnis: nur 247 Parlamentarier stimmten für Barzel, der damit die notwendige absolute Mehrheit um zwei Stimmen verfehlte. Nachdem Kühlmann-Stumm und Kienbaum versicherten, für Barzel gestimmt zu haben, wurde klar: mindestens zwei Abgeordnete aus der CDU/CSU-Fraktion haben Barzel die Gefolgschaft verweigert.⁹⁷ Warum? Wer? Wilde Spekulationen machten die Runde. War Geld im Spiel? Julius Steiner, CDU-Abgeordneter und Hinterbänkler, gab wenig später zu, für 50.000 DM gegen Barzel gestimmt zu haben. Er behauptete auch, das Geld von Karl Wienand, damals SPD-Bundesgeschäftsführer, erhalten zu haben, was dieser natürlich bestritt. Letztlich blieben die genauen Umstände ungeklärt, wohl auch deshalb, weil auf keiner Seite der unbedingte Wille zur restlosen Aufklärung vorhanden war.⁹⁸ Auch Barzel wandte sich gegen eine Untersuchung innerhalb der Union. Er fürchtete, diese würde Misstrauen in der Fraktion hervorrufen und bei den Neuwahlen, die vermutlich bald anstünden, hinderlich sein.⁹⁹

Für die Union galt es nun zu zeigen, dass auch die Regierung ohne Mehrheit im Parlament war. Dies geschah bereits am folgenden Tag bei der Abstimmung über den Kanzlerhaushalt. Bei einer Enthaltung stimmten 247 Abgeordnete dafür, ebenso 247 dagegen. Auch wenn sich die FDP noch gegen baldige Neuwahlen aussprach, wurde doch deutlich, dass sie mehr und mehr unausweichlich wurden.¹⁰⁰

⁹⁴ Baring, Arnulf: Machtwechsel, S. 398/399

⁹⁵ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 334

⁹⁶ Baring, Arnulf: Machtwechsel, S. 416

⁹⁷ ebd., S. 420

⁹⁸ ebd., S. 421 - 423

⁹⁹ Barzel, Rainer: Auf dem Drahtseil, S. 60

¹⁰⁰ Baring, Arnulf: Machtwechsel, S. 426/427

Zunächst wollte die Regierung Zeit gewinnen und versuchte, Gemeinsamkeiten mit der Opposition zu finden. Es bestand Übereinstimmung darin, dass die Ostverträge im Bundestag verabschiedet werden müssten, um einen außenpolitischen Schaden zu vermeiden. Daraufhin wurde die Ratifizierung der Verträge mehrfach in vertraulichen Gesprächen zwischen Kanzler und Oppositionsführer behandelt.¹⁰¹ Barzel hatte dabei die nicht ganz leichte Aufgabe, Einigkeit in seiner Fraktion herzustellen, die sich inzwischen in drei Gruppen gespalten hatte, welche für Ablehnung, für Zustimmung oder für Enthaltung standen.¹⁰² Barzel erreichte einen Kompromiss: vor der Abstimmung über die Verträge sollten in einer Allparteien-EntschlieÙung die Maximen der westdeutschen Außenpolitik verbindlich für Regierung und Opposition festgeschrieben werden. Diese sollte nach der gemeinsamen Verabschiedung im Bundestag an die Sowjets überreicht werden. Auf diesem Weg sollte der Union die Zustimmung ohne Gesichtverlust ermöglicht werden.¹⁰³ Obwohl diese „Gemeinsame EntschlieÙung“ zu Stande kam, konnte sich Barzel nicht in der Fraktion durchsetzen. Dort einigte man sich, entgegen seiner Forderung, mit „Ja“ zu stimmen, lediglich auf einen Minimalkompromiss: Stimmenthaltung.¹⁰⁴

Erneut also musste Barzel seinem persönlichen Scheitern ins Auge sehen. Sein Führungsanspruch wurde nach dem gescheiterten Misstrauensvotum und der nun fehlenden Rückendeckung durch die Fraktion arg in Mitleidenschaft gezogen. So kam es ihm nicht ungelegen, als Willy Brandt die Vertrauensfrage stellte und den Weg frei machte für Neuwahlen am 19. November 1972.¹⁰⁵

3.1.2 Der Kanzlerkandidat: Dr. Rainer Candidus Barzel

Rainer Barzel erntete für seine Arbeit als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion viel Lob und Anerkennung, er galt als einer der besten Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und als einer der effizientesten in der Geschichte des Bundestags. Dennoch hatte er ein Problem, das auch in Partei und Fraktion als solches empfunden wurde: sein Image in der Öffentlichkeit. Ihm wurde das Charisma abgesprochen, um im Wahlkampf als Oppositionsführer gegen einen amtierenden Kanzler erfolgreich anzutreten. Trotzdem wurde er Kanzlerkandidat der Union,

¹⁰¹ ebd., S. 427

¹⁰² Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU, S. 335

¹⁰³ Baring, Arnulf: Machtwechsel, S. 427/428

¹⁰⁴ Kleinmann, Hans-Otto: Die Geschichte der CDU, S. 337

¹⁰⁵ ebd., S. 337/338

4. Die Gemeinsamkeiten dieser Oppositionswahlkämpfe

Vier Mal trat die Union bis 2002 als Oppositionspartei zu Bundestagswahlen an, Vier Mal blieb sie auch nach der Wahl in der Opposition.

Zwei Mal kann von einem deutlichen Scheitern der Union gesprochen werden, nämlich 1972 und 1980. 1972 konnte sie nicht einmal mehr die stärkste Fraktion stellen. Dies gelang ihr zwar wieder 1980, aber dennoch musste sie erhebliche Verluste hinnehmen.

Zweimal, 1976 und 2002, konnte die Union bei diesen Wahlkämpfen Gewinne erzielen, ohne jedoch die Regierung übernehmen zu können.

Bei allen Unterschieden, die diese vier Wahlen zueinander aufweisen, ergeben sich doch gewisse Gemeinsamkeiten.

Sowohl 1972 als auch 2002 fand die Union auf die drängendsten Themen, auf die beherrschenden Politikfelder keine schlüssigen Antworten. 1972 missachtete sie leichtsinnig die Ostpolitik, wobei 1972 der Fehler schon in der Vorbereitung lag. 2002 bot die Union ebenfalls keine Vorschläge zu den Themen an, die die Bevölkerung letztlich am meisten bewegten, nämlich der Irak-Konflikt und die Flut. Allerdings lag hier der Fehler nicht in der vorbereitenden Wahlkampfplanung, sondern vielmehr in einer von Anfang an zu strikten und starren Konzeption, die von vornherein keinen Platz für plötzlich auftretende, unvorhersehbare Ereignisse wie die Flut und den Irak-Konflikt ließ. Beide Wahlkämpfe waren zudem geprägt von einer Übermacht der Rationalität, von einer rein auf Sachthemen ausgerichteten Kampagne. 2002 wäre es aber noch stärker als 1972 notwendig gewesen, vor allem die Wechselwähler auch emotional anzusprechen und für die Union zu gewinnen. Dies unterblieb sowohl 1972 als auch 2002.

Zweimal stellte auch die CSU den Kanzlerkandidaten. 1980 kandidierte mit Franz Josef Strauß eine absolute Reizfigur der Linken. Die Folge war ein heftiger, stark polarisierender Wahlkampf. 2002 wurde deutlich, dass Stoiber, der Wahlkampfleiter von 1980, als Kandidat nicht die Fehler von 1980 wiederholen wollte. Auch hierin lag ein Grund für die relativ sanfte Wahlkampfführung.⁶⁴²

⁶⁴² Spreng, Michael: Kompetenz und keine Konkurrenz, S. 62

Am erfolgreichsten schnitt die Union freilich 1976 ab. Sie gab sich ein moderneres Gewand, führte einen modernen Zielgruppenwahlkampf, behandelte kaum strittige Sachthemen, setzte auf eine starke Emotionalisierung und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit.

Eines haben alle hier behandelten Wahlen gemeinsam: die starken regionalen Unterschiede in den Ergebnissen der Union. Waren auch die 1970er Jahre von starken strategischen Differenzen zwischen CDU und CSU geprägt, so wirkte die CSU durch ihre enorm guten Ergebnisse immer wieder auch stabilisierend und verhinderte, wie zum Beispiel 1972 und 1980, ein noch größeres Debakel der Gesamt-Union.

Umso verwunderlicher ist es, dass die CDU die Schlüsse, die sie aus dem Fiasko 1972 zog und 1976 erfolgreich umsetzte, 1980 offensichtlich nicht mehr realisierte und 2002 eine Strategie wählte, die auf die schnelllebige Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts und die zunehmende Volatilität des Wählers offenkundig nicht passte.

Allerdings ist generell auch ein struktureller Nachteil der Opposition in Krisenzeiten und bei außenpolitischen Themen feststellbar, da sie sich dabei kaum öffentlichkeitswirksam präsentieren kann.⁶⁴³

Auffallend ist bei diesen vier Wahlkämpfen die Wiederholung der Themenfelder. Ohne Zweifel ist es richtig, die Themen zu betonen, bei denen ein Kompetenzvorsprung vorliegt, so dass die Union ihre Schwerpunkte immer auf das Thema Wirtschaft und wirtschaftliche Stabilität sowie zumeist Innere Sicherheit setzte. Allerdings verkannte sie bei der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen neue Politikfelder, wie 2002 den Verbraucher- und den Umweltschutz.

⁶⁴³ Dr. Schüler, Klaus, im Gespräch am 19. März 2003

5. Literatur- und Quellenverzeichnis:

Agethen, Manfred: Barzel Rainer – Jurist und Politiker, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Ostdeutsche Gedenktage 1994, S. 79 – 85.

Arzheimer, Kai und Falter, Jürgen W.: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49-50/2002, S. 27 – 35.

Baring, Arnulf: Machtwechsel – Die Ära Brandt-Scheel. Deutsche Verlags-Anstalt, 2. Auflage, Stuttgart 1982.

Barzel, Rainer: Auf dem Drahtseil. Verlag Droemer Knauer, Ausgabe 1 bis 25 Tausend, München 1978.

Barzel, Rainer: Ein gewagtes Leben. Hohenheim-Verlag, Stuttgart 2001.

Barzel, Rainer: Geschichten aus der Politik. Ullstein-Verlag, Frankfurt am Main 1987.

Berger, Manfred u.a.: Stabilität und Wechsel – Eine Analyse der Bundestagswahl 1980, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983, S. 12 – 55.

Bethschneider, Monika: Wahlkampfführung und politische Weltbilder – Eine systematische Analyse des Wahlkampfes der Bundestagsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1976 und 1980. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1987.

Bieber, Christoph: Online-Wahlkampf 2002, in: Media Perspektiven 06/2002, S. 277 – 283.

Blumenwitz, Dieter: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei – 50 Jahre CSU, Atwerb-Verlag, Grünwald 1995, S. 333 – 365.

Bösch, Frank: Bereit für den Wechsel? Die strategische und inhaltliche Positionierung von CDU/CSU und FDP vor der Bundestagswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 52/2002, S. 13 – 21.

Bösch, Frank: Macht und Machtverlust – Die Geschichte der CDU. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München 2002.

Brettschneider, Frank: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49-50/2002, S. 36 – 47.

Brettschneider, Frank: Kanzlerkandidaten im Fernsehen, in: Media Perspektiven 06/2002, S. 263 – 276.

Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei. Droste-Verlag, Düsseldorf 1981.

Bundespresseamt, Abteilung Nachrichten, 26. Oktober 1972, S.17/18.

Cecere, Vito und Althaus, Marco: Konvois und Kanister. Die Anti-Ökosteuer-Kampagne von CDU und Verkehrslobby, in: Althaus, Marco (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying. Lit-Verlag, 2. Auflage, Münster, 2001, S. 327 – 346.

Deutsche Presse-Agentur: dpa Hintergrund, Hamburg, 13. Oktober 1972.

Deutsche Presse-Agentur: Kaltefleiter: Themenloser Wahlkampf begünstigt Regierungsparteien. 8. August 1976.

Deutsche Presse-Agentur: dpa Hintergrund, Hamburg, 20. August 1976.

Dahlem, Stefan: Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft. Alber-Verlag, Freiburg/München 2001.

Deutscher Bundestag: Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Bonn 1987.

Eltermann, Ludolf/ Jung, Helmut/ Kaltefleiter, Werner: Drei Fragen zur Bundestagswahl 1972, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17. November 1973.

Focus Magazin Verlag: Focus Wahl-Spezial, 24. September 2002.

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 1976 – Eine Analyse der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976, Mannheim. 1976.

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahl 1980 – Eine Analyse der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980. Mannheim, 1980.

Fröchling, Heike: Ökonomie und Wahlen in westlichen Demokratien. Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1998.

Gehlhoff, Beatrix und Schütt, Ernst Christian: Chronik 2001. Tag für Tag in Wort und Bild. Chronik-Verlag, Gütersloh 2002.

Geisler, Alexander und Sarcinelli, Ulrich: Modernisierung von Wahlkämpfen und Modernisierung von Demokratie, in: Dörner, Andreas und Vogt, Ludgera (Hrsg.): Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Suhrkamp-Verlag, 1. Auflage, Frankfurt am Main 2002.

Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei – 50 Jahre CSU. Atwerb-Verlag, Grünwald 1995.

Hartenstein, Wolfgang und Müller-Hilmer, Rita: Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen – neue Allianzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49-50/2002, S. 18 – 26.

Hartenstein, Wolfgang: Den Wählern auf der Spur. Röhrig-Verlag, St. Ingbert 2002.

Hebecker, Eike: Experimentieren für den Ernstfall: Der Online-Wahlkampf 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49-50/2002, S. 48 – 54.

Hetterich, Volker: Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Leske + Budrich, Opladen 2000.

Hilmer, Richard: Waren nur Flut und Irak schuld an der Unionsniederlage? Strategien und Praxis in Wahlkampagnen. Fallbeispiel CDU/CSU, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Januar 2003, S. 80 – 86.

Holtz-Bacha, Christina: Wahlkämpfe in Deutschland, in: Dörner, Andreas und Vogt, Ludgera (Hrsg.): *Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*. Suhrkamp-Verlag, 1. Auflage, Frankfurt am Main 2002.

Just, Dieter: Orientierungsprobleme – Zur Bundestagswahl 1980 und ihren Konsequenzen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 18/1981, 2. Mai 1981, S. 15 – 29.

Kaltefleiter, Werner: Konjunktur und Wahlverhalten, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 45, 10. November 1972, S. 34 – 38.

Kaltefleiter, Werner: *Zwischen Konsens und Krise – Eine Analyse der Bundestagswahl 1972*. Heymann-Verlag, Köln 1973.

Kaltefleiter, Werner: *Vorspiel zum Wechsel – Eine Analyse der Bundestagswahl 1976*. Duncker & Humblot, Berlin 1977.

Kaltefleiter, Werner und Nissen, Peter: *Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik*. Schöningh-Verlag, Paderborn 1980.

Kamps, Klaus: *Politische Parteien und Kampagnen-Management*, in: Dörner, Andreas und Vogt, Ludgera (Hrsg.): *Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*. Suhrkamp-Verlag, 1. Auflage, Frankfurt am Main 2002.

Klein, Josef: *Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“*. Nomos-Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden-Baden 1990.

Kleinmann, Hans-Otto: *Geschichte der CDU 1945 – 1982*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1992.

Knopp, Guido: *Kanzler – Die Mächtigen der Republik*. Bertelsmann-Verlag, überarbeitete und erweiterte Ausgabe, München 2002.

Köpf, Peter: Stoiber – die Biografie. Europa-Verlag, Erstausgabe, Hamburg 2001.

Koch, Peter: Das Duell. Franz Josef Strauß gegen Helmut Schmidt. Verlag Gruner und Jahr, Hamburg 1979.

Korte, Karl-Rudolf: Regieren in der Ära Schröder oder die Frage nach der Substanz in der Mediendemokratie, in: Mayer, Tilman und Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, Olzog-Verlag, München 2002, S. 236 – 249.

Krieger, Wolfgang: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei – 50 Jahre CSU. Atwerb-Verlag, Grünwald 1995, S. 163 – 193.

Krüger, Udo Michael und Zapf-Schramm, Thomas: Wahlberichterstattung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen, in: Media Perspektiven 12/2002, S. 610 – 622.

Kühnel, Steffen und Fuchs, Dieter: Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung, in: Klein, Markus u.a.: 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland – Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Westdeutscher Verlag, 1. Auflage, Wiesbaden 2000, S. 340 – 360.

Langguth, Gerd (Hrsg.): Politik und Plakat – Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU. Bouvier-Verlag, Bonn 1995.

Lass, Jürgen: Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten – Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik. DUV-Verlag, Wiesbaden 1995.

Leif, Thomas und Kuleßa, Peter: Bundestagswahl 2002 – Analyse eines Zufalls. in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Januar 2003, S. 2 – 6.

Müller, Albrecht: Willy wählen '72 – Siege kann man machen. Plöger-Verlag, Annweiler 1997.

Müller, Jan-Dietrich: Marathonlauf ins Fotofinish – Strategie und Praxis der CDU im Bundestagswahlkampf 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Januar 2003, S. 74 – 79.

Müller, Marion G.: Parteienwerbung im Bundestagswahlkampf 2002, in: Media Perspektiven 12/2002, S. 629 – 638.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. Ullstein-Verlag, erweiterte Ausgabe des Taschenbuches, Frankfurt am Main/Berlin 1989.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Westdeutscher Verlag, Opladen 1983, S. 540 – 599.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Medien im Wahlkampf – Wahlkampf in den Medien. Bayerischer Landtag, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, München 1998.

Norden, Peter: Wie man Wahlkämpfe nicht verliert, in: Criticon, Nr. 17, Mai/Juni 1973, S. 130 – 134.

Norpoth, Helmut: Wählerverhalten in der Bundesrepublik. Campus-Verlag, Frankfurt am Main/New York 1980.

Norpoth, Helmut und Baker, Kendall L.: Politiker unter sich am Bildschirm: Die Konfrontation von Personen und Sachthemen in den Fernsehdiskussionen 1972 – 1980, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Westdeutscher Verlag, Opladen 1983, S. 600 - 621.

Oberndörfer, Dieter und Mielke, Gerd: Stabilität und Wandel in der westdeutschen Wählerschaft. Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg 1990.

Oberndörfer, Dieter: Ein Etappensieg auf dem Wege zum Machtwechsel – Das Ergebnis der Bundestagswahl 1976, in: Sonde, Nr. 4, 1976, S. 13 – 18.

Oberreuter, Heinrich: Medienpräsenz als Machtprämie, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Wahlkampf und Fernsehen, Funk-Druck, Eichstätt 1980, S. 31 – 48.

Oberreuter, Heinrich: Parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, in: Euchner, Walter (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993, S. 61 – 75.

Oberreuter, Heinrich: Die Amerikanisierung des Wahlkampfes in Deutschland, in: Kriechbaumer, Robert und Panagl, Oswald (Hrsg.): Wahlkämpfe – Sprache und Politik. Böhlau-Verlag, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 129 – 142.

Oberreuter, Heinrich: Speerspitze der Opposition – die Rolle der CSU seit 1998, in: Mayer, Tilman und Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, Olzog-Verlag, München 2002, S. 89 – 101

Oedegaard, Ingwill C.: Lebensstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland, in: Klein, Markus u.a.: 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland – Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Westdeutscher Verlag, 1. Auflage, Wiesbaden 2000, S. 212 – 229.

Pappi, Franz Urban und Shikano, Susumu: Schröders knapper Sieg bei der Bundestagswahl 2002, in: Zeitschrift für Politik, Heft 1, März 2003, S. 1 – 16.

Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. Croom Helm, London 1977.

Pruys, Karl-Hugo: Helmut Kohl – Die Biographie. Edition q, Berlin 1995.

Radunski, Peter: Der Fernsehwahlkampf der Zukunft, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Wahlkampf und Fernsehen. Funk-Druck, Eichstätt 1980, S. 89 – 100.

Radunski, Peter: Wahlkämpfe – moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. Olzog-Verlag, München/Wien 1980.

Radunski, Peter: Wahlkampfentscheidung im Fernsehen, in: Sonde, Nr. 1, 1977, S. 51 – 71.

Radunski, Peter: Wahlkampfstrategien '80 in den USA und der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 18/1981, 2. Mai 1981, S. 31 – 46.

Reichart-Dreyer, Ingrid: CDU – Kräfte sammeln in der Opposition: Die Union auf der Suche nach Identität und Profil, in: Mayer, Tilman und Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, Olzog-Verlag, München 2002, S. 72 – 88.

Roth, Dieter und Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 49-50/2002, S. 3 – 17.

Roth, Dieter: Empirische Wahlforschung – Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Leske + Budrich, Opladen 1998.

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich, 5. überarbeitete Auflage, Opladen 2000.

Sabathil, Ursula: Edmund Stoiber privat. Langen Müller, München 2001.

Schmid, Josef: Die CDU – Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus. Leske + Budrich, Opladen 1990.

Schöps, Joachim (Hrsg.): Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß. Rowohlt, Hamburg 1983.

Schütt, Ernst Christian: Chronik 1998. Tag für Tag in Wort und Bild. Chronik-Verlag, Gütersloh 1999.

Schütt, Ernst Christian: Chronik 1999. Tag für Tag in Wort und Bild. Chronik-Verlag, Gütersloh 2000.

Schütt, Ernst Christian: Chronik 2000. Tag für Tag in Wort und Bild. Chronik-Verlag, Gütersloh 2001.

Schütt, Ernst Christian: Chronik 2002. Tag für Tag in Wort und Bild. Wissen Media Verlag, Gütersloh/München 2003.

Spreng, Michael: Kompetenz und keine Konkurrenz – Die Wahlkampfstrategie der Union 2002 im Lichte der Praxis, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Januar 2003, S. 62 – 67.

Statistisches Bundesamt: Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980, Heft 8, Wiesbaden 1981.

Statistisches Bundesamt: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 3, Wiesbaden 2002.

Steinseifer-Pabst, Anita und Wolf, Werner: Wahlen und Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland. Decker & Müller, Heidelberg 1990.

Stiller, Michael: Edmund Stoiber – Der Kandidat. Econ Verlag, München 2002.

Täube, Volker: Die paradoxe Figur des „rationalen Wählers“. WVB, Berlin 2002.

Turner, Paul W.: Wählen als rationale Entscheidung. Oldenbourg, München 1998.

Tenscher, Jens und Nieland, Jörg-Uwe: Wahlkämpfe im Showformat, in: Dörner, Andreas und Vogt, Ludgera (Hrsg.): Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 2002.

Toman-Banke, Monika: Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949 – 1994. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 1996.

Veen, Hans-Joachim: Opposition im Bundestag. Eichholz-Verlag, Bonn 1976.

Voss, Friedrich: Den Kanzler im Visier – 20 Jahre mit Franz Josef Strauß. Hase & Koehler, Mainz/München 2000.

Wiesendahl, Elmar: Strategische Hintergründe und Konsequenzen der CDU/CSU-Niederlage bei den Bundestagswahlen 2002, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Januar 2003, S. 68 – 73.

Wilke, Jürgen und Reinemann Carsten: Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung – Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949 – 1998. Böhlau-Verlag, Köln 2000.

Zeitungsartikel mit Angabe des Verfassers:

Goos, Diethart: Schmidt spricht von „rhetorischem Bürgerkrieg“ im Wahlkampf, in: Die Welt, 19. Juni 1976.

Henser, Georg: Wählerinitiativen trommeln im Wahlkampf mit, in: Stuttgarter Nachrichten, 1. Oktober 1980.

Heptner, Bernd E.: Wählerinitiativen werden weniger und kleiner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. September 1976.

Müller, Helmut: „Dutzend Dinge falsch gemacht“ – CDU analysiert Fehlstellen und Misstöne des Bundestagswahlkampfes, in: Westfälische Nachrichten, 25. November 1972.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Die entscheidenden Themen, in: Die Zeit, 17. September 1976.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Das Stuttgarter Streitgespräch mit dem TV-Elefanten, in: Die Welt, 14. November 1977.

Petersen, Sönke: Morgen rangelt Strauß mit Kohl ums Team. Kern-Trupp oder „Volkssturm“?, in: Abendzeitung, 30. Mai 1980.

Schell, Manfred: Brandt wiederholt: Sieg der Union gefährdet den sozialen Frieden, in: Die Welt, 5. Juli 1976.

Zeitungsartikel ohne Angabe des Verfassers:

Bayernkurier: Entscheidung für Deutschland. Ich bin für Stoiber..., 12. September 2002

Bild am Sonntag: Spitzensportler für Strauß, 21. September 1980

Frankfurter Rundschau: Grundvertrag rückt in den Mittelpunkt des Wahlkampfes, 11. November 1972.

Handelsblatt: Union will mit Zuspitzung in der Ausländerpolitik aufholen, 16. September 2002.

Passauer Neue Presse: Wahl zeigt deutliche Ost-West-Unterschiede, 24. September 2002.

Die Welt: Im Wahlkampf konzentriert sich die CDU auf Wirtschaftspolitik, 8. April 1976.

Quellen:

Baumgärtel, Manfred: Brief an die Bundeswahlkreisgeschäftsführer der CSU, 23. April 1980.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Instrumentalisierung von Soldaten für SPD-Wahlkampf ungeheuerlicher Tabubruch, Pressemitteilung 4. September 2002.

CDU Deutschland: Für Frieden und Freiheit – Bundestagswahlkampf 1980 der CDU – Erste Bilanz. Bonn 1980.

CDU Deutschland: Gemeinsamer Beschluss der Präsidien von CDU und CSU vom 19. Juni 1975.

CDU-Bundesgeschäftsstelle: Wahlkampf 1972 – Rechenschaftsbericht der Geschäftsstelle. Bonn 1973.

CDU-Bundesgeschäftsstelle: Bundestagswahlkampf 1976 – Arbeitsanalyse. Bonn 1977.

CDU-Bundesgeschäftsstelle: Kampagnenbericht 2002. Berlin 2002.

CDU-Generalsekretär: Bericht vor dem Bundesvorstand der CDU, 27./28. Januar 1973.

CDU-Landesverband Hamburg: Rainer Barzel – Weg und Ziel. Hamburg 1972.

CDU-Pressestelle: Schröder hat viel zu erklären, Pressemitteilung, 4. Februar 2002.

CDU-Wahlkampfinformationen: 25. Oktober 1972.

CSU-Landesleitung: Strauß-Porträt. München 1979

CSU-Landesleitung, Referat Öffentlichkeitsarbeit: Der Mann. München 1980.

CSU-Landesleitung, Referat Öffentlichkeitsarbeit: Schröders gebrochene Versprechen, München 2002.

CSU-Landesleitung, Referat Öffentlichkeitsarbeit: Schröder zum Mithören, München 2002.

Hennig, Otfried: Brief an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn, 20. November 1972.

Initiative „Jugend für Stoiber“: „Durchblicken und Mitmachen!“, München 2002.

Protokoll der Tagung der CDU-Arbeitsgruppe für Wahlkampf Fragen am 14. und 15. Januar 1981.

SPD, Pressemitteilung, 7. November 1972.

SPD-Vorstand: Deutschland vor der Abstimmung, September 1980.

Union in Deutschland – Informationsdienst der CDU, Nr. 33, 12. August 1976.

Union in Deutschland – Informationsdienst der CDU, Nr. 35, 26. August 1976.

Union in Deutschland – Informationsdienst der CDU, Nr. 37, 9. September 1976.

Union in Deutschland, Ausgabe Nr. 25/1980.

Union in Deutschland, Nr. 2, 24. Januar 2002.

Union in Deutschland, Nr. 30, 12. September 2002.

Union in Deutschland, Nr. 32, 10. Oktober 2002.

von Voss, Rüdiger: Wahlkampfstrategie der CDU im Ruhrgebiet. Interner Vermerk, 31. März 1976.

Inserate:

„Wir sagen, was viele denken (I)“, in: Bild-Zeitung, 3. November 1972.

„Wir erklären zur Sache: (VIII), Wie es weitergeht“, in: Bild-Zeitung, 18. November 1972.

„Schmidt – ein politischer Rentenbetrüger“, in: Bild-Zeitung, 9. September 1980.

„Schmidts Genossen demonstrieren gern“, in: Bild-Zeitung, 23. September 1980.

„Wie glaubwürdig ist Schmidt?“, in: Bild-Zeitung, 1. Oktober 1980.

„Am 5. Oktober: Entscheiden Sie sich für den Frieden.“, in: Hamburger Abendblatt, 1. Oktober 1980.

„Helmut Schmidt. 'Statt Strauß: Den Frieden wählen.'“, in: Hamburger Abendblatt, 2. Oktober 1980.

„Strauß bleibt Strauß. Schmidt bleibt Kanzler. Dafür Sorge ich mit beiden Stimmen.“, in: Hamburger Morgenpost, 2. und 3. Oktober 1980.

„Zweite Halbzeit für Gerhard Schröder.“, in: Süddeutsche Zeitung, 25. Juni 2002.

„Den kulturpolitischen Aufbruch fortsetzen!“, in: Berliner Zeitung, 14. September 2002.

„Für eine andere Politik – Stoiber stoppen!“, in: Thüringer Allgemeine, 21. September 2002.

„Wählen statt Stoiber“, in: Süddeutsche Zeitung, 18. September 2002.

CD-ROM:

Bertelsmann Electronic Publishing, Neue Chronik des 20. Jahrhunderts, Gütersloh/München 1998.

Internetquellen:

<http://www.helmut-kohl.de>:

- Schwarzmüller, Theo, in: <http://www.helmut-kohl.de/9d3b0c9d88.html>, 8. Juli 2003

<http://www.bundeswahlleiter.de>:

- <http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergebalt/d/t/bt-int72.htm>, 9. Juli 2003
- http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergeb98/d/t/bun999_02.htm, 11. September 2003

- http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergeb98/d/t/lan909_02.htm, 11. September 2003
- http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2002/deutsch/ergebnis2002/ergebgrafik/html/sitzgww_999.htm, 11. September 2003
- http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2002/deutsch/ergebnis2002/bund_land/krulans.htm, 18. September 2003
- <http://www.bundeswahlleiter.de/ergeb94/d/t/bun94999.htm>, 18. September 2003.
- <http://www.bundeswahlleiter.de/download/waehlerverhalten.pdf>, 18. September 2003.

<http://www.infratest-dimap.de/wahlen/tvduell02/default.htm>, 17. September 2003

Bildquellen:

<http://www.wahlthemen.de>:

- <http://www.wahlthemen.de/themenwahl/themen/geschichte/test1/wahlplakate1972>, 28. Feb. 2003.
- <http://www.wahlthemen.de/themenwahl/themen/geschichte/test1/wahlplakate1976>, 28. Feb. 2003.
- <http://www.wahlthemen.de/themenwahl/themen/geschichte/test1/wahlplakate1980>, 28. Feb. 2003.
- <http://www.wahlthemen.de/themenwahl/themen/geschichte/test1/wahlplakate2002>, 28. Feb. 2003.

<http://www.wahlkampf2002.net/plakate.php>, 28. Feb. 2003.

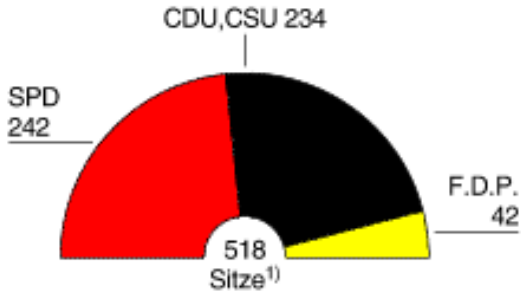
Tabelle 1: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1972

Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei, S. 714; Kallefleiter, Werner: Zwischen Konsens und Krise, S. 162/163; <http://www.statistik.bayern.de>, 12.9.2003

	CDU/CSU	CDU	CSU (Ergebnis in Bayern)	SPD	FDP
Gesamt	44,9 %	35,2 %	9,7 % (55,1 %)	45,8 %	8,4 %
Veränderung zu 1969	- 1,2 %	- 1,4 %	+ 0,2 % (+ 0,7 %)	+ 3,1 %	+ 2,6 %
Jungwähler	Ca. 35 %	k. A.	k. A.	Ca. 55 %	Ca. 9 %
Frauen	46,0 %	k. A.	(56,3 %)	45,7 %	7,7 %
Männer	43,0 %	k. A.	(52,8 %)	46,9 %	8,8 %
Bis dahin schlechtestes Ergebnis bei BTW seit 1953*	44,9 % (Wahl 1972)	35,2 % (Wahl 1972)	8,8 % (47,9 %) (Wahl 1953)	28,8 % (Wahl 1953)	5,8 % (Wahl 1969)
Bis dahin bestes Ergebnis bei BTW seit 1953*	50,2 % (Wahl 1957)	39,7 % (Wahl 1957)	10,5 % (57,2 %) (Wahl 1957)	45,8 % (Wahl 1972)	12,8 % (Wahl 1961)
Durchschnittliches Wahlergebnis bei BTW von 1949 bis 1969	43,8 %	34,9 %	8,9 % (49,8 %)	33,6 %	9,5 %

* Die Bundestagswahl 1949 wird vielfach als letzte Wahl von Weimar bezeichnet, so dass erst mit der Wahl 1953 eine statistisch aussagekräftige Basis besteht. So erreichte die Union 1949 zum Beispiel mit nur 29,2 Prozent einen Wert, der die späteren Verhältnisse bei weitem nicht wider gibt.

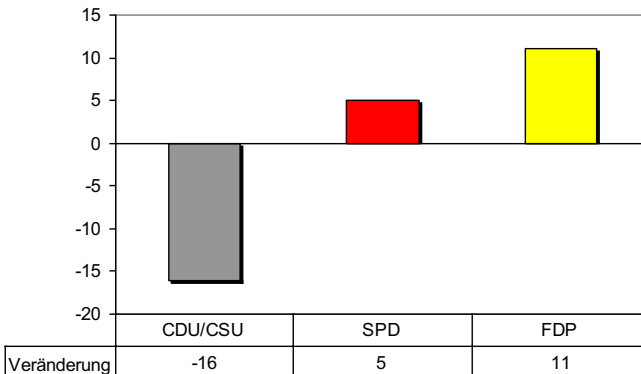
Graphik 1: Die Sitzverteilung im Bundestag



1) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

aus: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003

Graphik 2: Die Veränderung der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag im Vergleich zur Bundestagswahl 1969



Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003, Graphik: Martin Huber

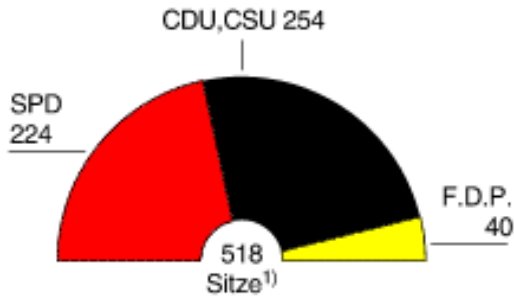
Tabelle 2: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1976

Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei, S. 714; Kallfleiter, Werner: Vorspiel zum Wechsel, S. 210 – 212. <http://www.statistik.bayern.de>, 12.9.2003

	CDU/CSU	CDU	CSU (Ergebnis in Bayern)	SPD	FDP
Gesamt	48,6 %	38,0 %	10,6 % (60,0 %)	42,6 %	7,9 %
Veränderung zu 1972	+ 3,7 %	+ 2,8 %	+ 0,9 % (+ 4,9 %)	- 3,2 %	- 0,5 %
Jungwähler	40,2 %	k. A.	k. A.	49,8 %	8,5 %
Frauen	48,8 %	k. A.	(60,5 %)	43,1 %	7,6 %
Männer	47,2 %	k. A.	(58,6 %)	43,6 %	8,1 %
Bis dahin schlechtestes Ergebnis bei BTW seit 1953*	44,9 % (Wahl 1972)	35,2 % (Wahl 1972)	8,8 % (47,9 %) (Wahl 1953)	28,8 % (Wahl 1953)	5,8 % (Wahl 1969)
Bis dahin bestes Ergebnis bei BTW seit 1953*	50,2 % (Wahl 1957)	39,7 % (Wahl 1957)	10,6 % (60,0 %) (Wahl 1976)	45,8 % (Wahl 1972)	12,8 % (Wahl 1961)
Durchschnittliches Wahlergebnis bei BTW von 1949 bis 1972	44,0 %	34,9 %	9,0 % (50,6 %)	35,4 %	9,4 %

* Die Bundestagswahl 1949 wird vielfach als letzte Wahl von Weimar bezeichnet, so dass erst mit der Wahl 1953 eine statistisch aussagekräftige Basis besteht. So erreichte die Union 1949 zum Beispiel mit nur 29,2 Prozent einen Wert, der die späteren Verhältnisse bei weitem nicht wider gibt.

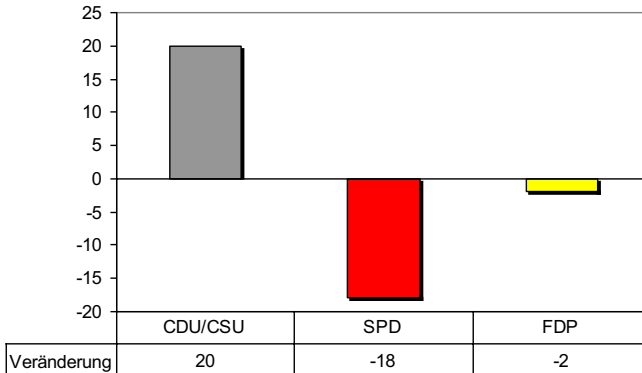
Graphik 3: Die Sitzverteilung im Bundestag



1) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

aus: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003

Graphik 4: Die Veränderung der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag im Vergleich zur Bundestagswahl 1972



Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003, Graphik: Martin Huber

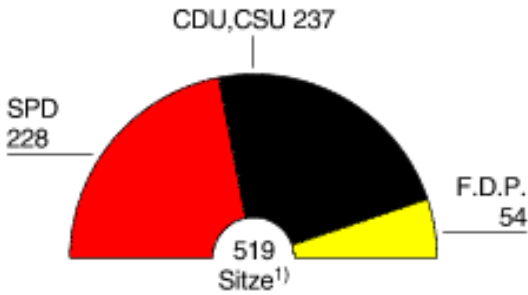
Tabelle 3: Das Ergebnis der Bundestagswahl 1980

Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei, S. 714; Statistisches Bundesamt. <http://www.statistik.bayern.de>, 12.9.2003

	CDU/CSU	CDU	CSU (Ergebnis in Bayern)	SPD	FDP	Grüne ²⁾
Gesamt	44,5 %	34,2 %	10,3 % (57,6 %)	42,9 %	10,6 %	1,5 %
Veränderung zu 1976	- 4,1 %	- 3,8 %	- 0,3 % (- 2,4 %)	+ 0,3 %	+ 2,7 %	+ 1,5 %
Jungwähler ³⁾	34,4 %	25,0 %	9,4 %	48,9 %	11,4 %	4,8 %
Frauen ³⁾	43,7 %	33,5 %	10,2 % (57,5 %)	43,9 %	10,8 %	1,2 %
Männer ³⁾	44,2 %	34,0 %	10,2 % (57,6 %)	43,1 %	10,5 %	1,6 %
Bis dahin schlechtestes Ergebnis bei BTW seit 1953 ¹⁾	44,7 % (Wahl 1980)	34,2 % (Wahl 1980)	8,8 % (47,9 %) (Wahl 1953)	28,8 % (Wahl 1953)	5,8 % (Wahl 1969)	Siehe ²⁾
Bis dahin bestes Ergebnis bei BTW seit 1953 ¹⁾	50,2 % (Wahl 1957)	39,7 % (Wahl 1957)	10,6 % (60,0 %) (Wahl 1976)	45,8 % (Wahl 1972)	12,8 % (Wahl 1961)	Siehe ²⁾
Durchschnittliches Wahlergebnis bei BTW von 1949 bis 1976	44,6 %	35,3 %	9,3 % (51,8 %)	36,3 %	9,2 %	1,5 %

¹⁾Die Bundestagswahl 1949 wird vielfach als letzte Wahl von Weimar bezeichnet, so dass erst mit der Wahl 1953 eine statistisch aussagekräftige Basis besteht. So erreichte die Union 1949 zum Beispiel mit nur 29,2 Prozent einen Wert, der die späteren Verhältnisse bei weitem nicht wider gibt. ²⁾traten 1980 zum ersten Mal bei BTW an. ³⁾Zahlen beziehen sich auf das damalige Bundesgebiet ohne Berlin

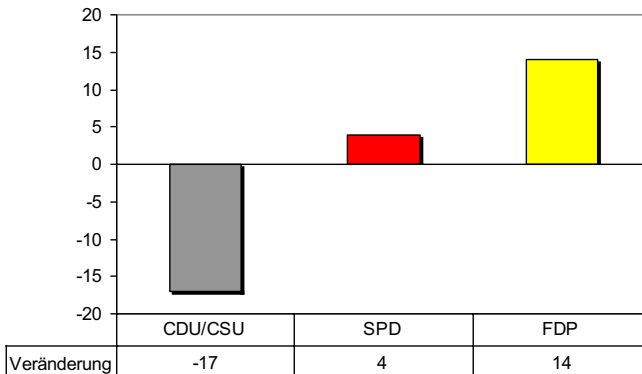
Graphik 5: Die Sitzverteilung im Bundestag



1) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003

Graphik 6: Die Veränderung der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag im Vergleich zur Bundestagswahl 1976



Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003, Graphik: Martin Huber

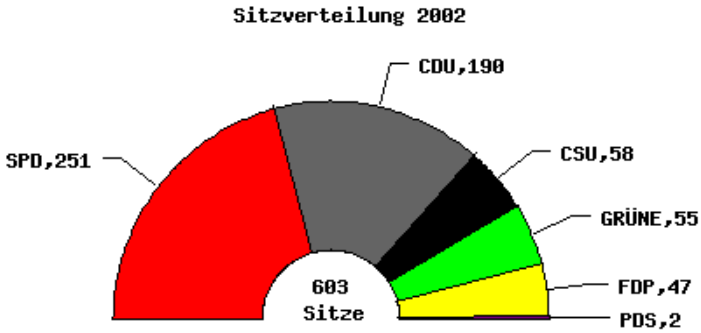
Tabelle 4: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei, S. 714; <http://www.statistik.bayern.de>, 12.9.2003; <http://www.bundeswahlleiter.de>, 18.9.2003

	CDU/CSU	CDU	CSU (Ergebnis in Bayern)	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS
Gesamt	38,5 %	29,5 %	9,0 % (58,6 %)	38,5 %	7,4 %	8,6 %	4,0 %
Veränderung zu 1998	+ 3,4 %	+ 1,1 %	+ 2,2 % (+ 10,9 %)	- 2,4 %	+ 1,1 %	+ 1,9 %	- 1,1 %
Jungwähler	32 %	23,5 %	8,5 % (53,9 %)	39 %	10 %	10 %	4 %
Frauen	37,8 %	28,9 %	8,9 % (56,6 %)	40 %	6 %	10 %	4 %
Männer	39,2 %	30,1 %	9,1 % (57 %)	36 %	8 %	8 %	4 %
Bis dahin schlechtestes Ergebnis bei BTW seit 1953 ¹⁾	35,1 % (Wahl 1998)	29,5 % (Wahl 1998)	6,7 % (47,7 %) (Wahl 1998)	28,8 % (Wahl 1953)	5,8 % (Wahl 1969)	1,5 % ²⁾ (Wahl 1980)	2,4 % ³⁾ (Wahl 1990)
Bis dahin bestes Ergebnis bei BTW seit 1953 ¹⁾	50,2 % (Wahl 1957)	39,7 % (Wahl 1957)	10,6 % (60,0 %) (Wahl 1976)	45,8 % (Wahl 1972)	12,8 % (Wahl 1961)	8,6 % ²⁾ (Wahl 2002)	5,1 % ³⁾ (Wahl 1998)
Durchschnittliches Wahlergebnis bei BTW von 1949 bis 1998	43,9 %	35,0 %	8,9 % (52,7 %)	37,1 %	8,9 %	5,7 % ²⁾	3,9 % ³⁾

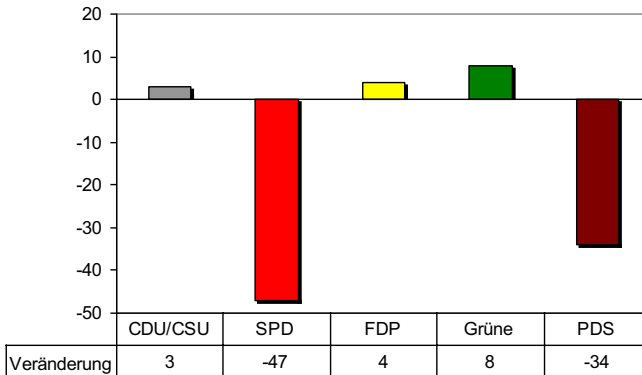
¹⁾ Die Bundestagswahl 1949 wird vielfach als letzte Wahl von Weimar bezeichnet, so dass erst mit der Wahl 1953 eine statistisch aussagekräftige Basis besteht. So erreichte die Union 1949 zum²⁾ Beispiel mit nur 29,2 Prozent einen Wert, der die späteren Verhältnisse bei weitem nicht wider gibt. ³⁾ traten 1980 zum ersten Mal bei BTW an³⁾ traten 1990 zum ersten Mal bei BTW an

Graphik 7: Die Sitzverteilung im Bundestag



aus: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003

Graphik 8: Die Veränderung der Sitzverteilung im Deutschen Bundestag im Vergleich zur Bundestagswahl 1998



Anmerkung: Die Zahl der Abgeordneten im Bundestag wurde zur Wahl 2002 von regulär 656 auf regulär 598 (d. h. ohne Überhangmandate), die Zahl der Wahlkreise von 328 auf 299 verringert.

Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 9. Juli 2003, Graphik: Martin Huber

Beiträge zur Politikwissenschaft

- Band 10: Martin Huber: **Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002**
2008 · 144 Seiten · ISBN 978-3-8316-0767-9
- Band 9: Klaus Kornelx: **Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland** · Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift JUNGE FREIHEIT
2008 · 606 Seiten · ISBN 978-3-8316-0761-7
- Band 8: Martin Huber: **Der Einfluss der CSU auf die Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1954–1969 im Hinblick auf die Beziehungen zu Frankreich und den USA**
2008 · 252 Seiten · ISBN 978-3-8316-0760-0
- Band 7: Andreas Bock: **Rawls' »Recht der Völker«** · Menschenrechtsminimalismus statt globaler Gerechtigkeit?
2008 · 172 Seiten · ISBN 978-3-8316-0746-4
- Band 6: Chloé Zirnstein: **Zwischen Fakt und Fiktion** · Die politische Utopie im Film
2006 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-0635-1
- Band 5: Axel Woeller: **Die Landfrage und Landreform in Namibia**
2005 · 275 Seiten · ISBN 978-3-8316-0555-2
- Band 4: Bernd Mayerhofer: **Die Tugend der Augen** · Beiträge zur politischen Asthetik
2006 · 368 Seiten · ISBN 978-3-8316-0553-8
- Band 3: Robert Staudigl: **Demokratie und/oder Frieden im Nahen Osten?**
2005 · 80 Seiten · ISBN 978-3-8316-0509-5
- Band 2: Robert Staudigl: **Die Türkei, Israel und Syrien zwischen Kooperation und Konflikt**
2004 · 387 Seiten · ISBN 978-3-8316-0348-0
- Band 1: Ruth Wittlinger: **Thatcherism and Literature** · Representations of the 'State of the Nation' in Margaret Drabble's Novels
2002 · 200 Seiten · ISBN 978-3-8316-0157-8

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utz.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utz.de